

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Goldmärkte - Rohstoffe -  
Wirtschaftsboykott - Polen - Einkommensteuer**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1980) : Kurz kommentiert: Goldmärkte - Rohstoffe - Wirtschaftsboykott - Polen - Einkommensteuer, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 1, pp. 5-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135393>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Goldmärkte

### Tendenzwende in Sicht?

Kurz vor Jahresende hat der Goldpreis zum ersten Mal die 500-Dollar-Marke überschritten. Das bedeutet allein für 1979 eine Steigerung um mehr als 110 %. Eine ähnliche Entwicklung war auch für den Silberpreis zu beobachten. Ständig steigende Inflationsraten sowie der zunehmende Vertrauensverlust in den Dollar führten schon seit längerem dazu, daß viele Anleger eine Umschichtung ihres Portfolios zugunsten von Edelmetallen vornahmen.

Für das in den letzten Wochen außerordentlich hektische Geschehen an den internationalen Goldmärkten waren jedoch noch weitere Faktoren verantwortlich. Vor allem politische Ereignisse wie die Iran-Krise, der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan und die Gefahr einer Ausweitung beider Konflikte bewirkten, daß hauptsächlich Anleger aus dem Fernen Osten und den OPEC-Staaten mit großen Dollarbeträgen die Flucht in das Gold antraten. Verstärkt wurden die Auswirkungen auch durch massive Spekulationen vorwiegend europäischer Marktteilnehmer. Dabei tritt insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland das Motiv der Inflationssicherung hinter dem der Spekulation zurück, da hier für Geldanlagen immer eine ausreichende Realverzinsung gegeben war. Solange durch die weltpolitischen Konflikte mit ihren Auswirkungen auf das internationale Finanzgeschehen noch die Grundlage für Spekulationen gegeben ist, kann eine Marktberuhigung oder gar ein Umschwung, d. h. ein dauerhaftes Sinken des Goldpreises, nicht erwartet werden.

re

## Rohstoffe

### Verstärkter Preisauftrieb

Auf den Weltmärkten für Nahrungsmittel und Industrierohstoffe hat sich der Preisauftrieb im Jahre 1979 in raschem Tempo fortgesetzt. Gemessen am HWWA-Index auf Dollarbasis lag das Preisniveau – auch bei Ausklammerung von Mineralöl – im Dezember 1979 um 21 % höher als ein Jahr zuvor; im Jahresdurchschnitt 1979 ist es um 26 % gestiegen. Zu Beginn des Jahres war angenommen worden, daß sich die Nachfragezunahme und damit auch der Preisanstieg merklich abschwächen würden. Diese Erwartung, die vor allem auf der prognostizierten Konjunkturabschwächung in den USA und einer verbesserten Versor-

gungslage auf den Agrarmärkten basierte, hat sich jedoch nicht erfüllt.

Der Bedarf an Industrierohstoffen nahm stärker als vorhergesehen zu, weil in den USA die Rezession ausblieb und in Westeuropa und Japan die konjunkturelle Expansion anhält. Zusätzlich angeheizt wurde die Hausse auf den Rohstoffmärkten wiederholt durch eine Reihe von Sonderfaktoren. So förderte die „neue Erdölkrise“ bereits im ersten Halbjahr spekulative Eindeckungen der Rohstoffverarbeiter, da diese wegen der drastischen Verteuerung der Mineralölprodukte mit einer weltweiten Verstärkung der inflationären Tendenzen rechnen konnten. Im zweiten Halbjahr wurde die Spekulation *à la hausse* vor allem durch die starke Zunahme von Sicherungskäufen als Folge der Unruhe auf den Devisenmärkten getragen.

Eine Prognose für die Entwicklung der Rohstoffpreise im Jahre 1980 wird durch die Unkalkulierbarkeit des Verhaltens der Ölproduzenten und der weiteren Entwicklung in den asiatischen Krisengebieten sehr erschwert. Unter der Annahme, daß das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern annähernd zum Stillstand kommt, dürfte der Rohstoffverbrauch etwa stagnieren. Die Preise werden jedoch kaum sinken – nicht zuletzt, weil die Produzenten unter dem Druck steigender Kosten versuchen werden, sie durch Angebotseinschränkungen zu stützen.

kol

## Wirtschaftsboykott

### Bumerang-Effekt

Nach dem Scheitern der Waldheim-Mission in Teheran ist die von den USA erhobene Forderung nach weltweiten wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber dem Iran erneut akut geworden. Die formale Handhabe zur Durchführung derartiger Maßnahmen liefert Artikel 7 der UNO-Charta.

Die Erfolgsaussichten eines Wirtschaftsboykotts, dessen Zustandekommen im übrigen angesichts der afghanischen Krise alles andere als gesichert erscheint, sind jedoch begrenzt. Der Iran hat bereits erste Vorkehrungen getroffen und einen Teil seiner auf 13 Mrd. \$ veranschlagten, im Ausland deponierten Mittel von Bankkonten in Europa auf andere Länder übertragen. Außerdem nehmen erfahrungsgemäß mit zunehmender Dauer eines Embargos die Möglichkeiten, es zu unterlaufen, überproportional zu. So könnten etwa im Falle einer Seeblockade Nahrungsmittellieferungen an den Iran über die islamischen Nachbarstaaten Türkei und Pakistan umgeleitet werden. Für ein

Land, das über so enorme Erdölreserven verfügt und täglich 80 Mill. \$ aus dem Export dieses Rohstoffes einnimmt, dürfte es nicht schwer sein, Lieferanten zu finden. Die Türkei hat bereits zum Jahresende mit dem Iran die Lieferung türkischen Hartweizens gegen iranisches Öl vereinbart – sehr zum Unwillen der USA. Andere Länder, wie z. B. Japan, befinden sich in Verhandlungen mit der Nationalen Iranischen Ölgesellschaft über die Absicherung iranischer Öllieferungen für das Jahr 1980. Die in Teheran an den Tag gelegte Gelassenheit ist daher nicht ganz unbegründet, zumal ein lückenhaftes Netz von Sanktionen sich für die Initiatoren als Bumerang erweisen und einer gefährlichen Politisierung des Außenhandels Vorschub leisten könnte. ko

## Polen

### Neue Beschäftigungspolitik

Nachdem sich in den letzten zwei Jahren die Zentralorgane in Polen weitgehend aus der aktiven Beschäftigungspolitik zurückgezogen haben, machen sich nun im Vorfeld des VIII. Parteitag der PVAP neue Initiativen bemerkbar. Schon im Jahre 1978 kam aus den Reihen des Industriemanagements die Forderung nach Aufhebung des Rechts auf Arbeit und nach Billigung einer „dünnen Schicht von Arbeitslosen“ zur Hebung der Arbeitsdisziplin.

Zwar stößt diese Forderung nach wie vor auf offizielle Ablehnung, doch bezeichnete Gierek kürzlich in einer Rede die bisher praktizierte Form der Vollbeschäftigungspolitik selbst als Hauptursache für die niedrige Arbeitsdisziplin und -produktivität. Dabei dürfte allerdings die von ihm genannte Zahl von 210 000 freien, durch jahrelanges Neuinvestieren entstandenen Arbeitsplätzen gegenüber nur 10 000 Arbeitssuchenden angesichts der geringen Kapazitätsauslastungen eher noch zu niedrig angesetzt sein.

Zur Hebung der Produktivität sollen in den nächsten Jahren Rationalisierungsinvestitionen verstärkt vorgenommen werden. Positive Rationalisierungseffekte erfordern jedoch Veränderungen im Planungs- und Lenkungssystem. Erstens müßten die Mobilität der Arbeitskräfte und die Selbständigkeit der Unternehmen bei der Beschäftigungsplanung erhöht werden (mit dem Risiko temporärer Arbeitslosigkeit). Zweitens erfordert die Konzentration auf Modernisierungsinvestitionen mehr Autonomie der Unternehmen in der Investitionspolitik. Bisher strebten diese nach Erweiterungsinvestitionen und in der Folge nach extensiver Ausweitung der Beschäftigung, weil Erweiterungen

aus dem zentral geplanten Staatsbudget, Rationalisierungen aber aus den begrenzt zu erwirtschaftenden Eigenmitteln finanziert werden mußten. Die Ausweitung der Beschäftigung war also billiger als die Entwicklung und Finanzierung neuer arbeitssparender Technologien. Giereks neue beschäftigungspolitische Formel ist daher nicht nur ein Mittelweg, sondern weist auch auf die Fortsetzung der 1973 begonnenen Wirtschaftsreform hin. ga

## Einkommensteuer

### Klarer Bruch

Befindet sich die Bundesrepublik auf dem Wege zu einer regionalen Differenzierung des Einkommensteuerrechts? Dieser Gedanke liegt nahe, wenn man sich die unterschiedliche Handhabung des in § 33a EStG neu eingeführten Kinderfreibetrages anschaut.

Der Bundesrat hatte mit der Mehrheit der CDU-regierten Länder gefordert, die vom Finanzministerium vorgelegte Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Kinderbetreuungsbetrag in zwei wesentlichen Punkten zu ändern: Erstens sollten die Aufwendungen bis zur Hälfte des vorgesehenen Höchstbetrages pauschal, d. h. ohne Vorlage von Belegen, anerkannt werden; zweitens sollten außer den Ausgaben für Kindergartenunterbringung, Tagesmütter, Pflegestellen, Kinderpflegerinnen, Erzieher und Hausgehilfinnen auch solche für musische und pädagogische Betreuung sowie Mitgliedsbeiträge an Gemeinnützige Jugend- und Sportvereine als Betreuungskosten angesehen werden. Diese Forderung, die einer teilweisen Wiedereinführung der abgeschafften Kinderfreibeträge gleichkäme, wurde vom Finanzministerium abgelehnt. Daraufhin setzten die Länder Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz eigene Verwaltungsanweisungen in Kraft, in denen den Finanzämtern dieser Länder eine der Rechtsauffassung des Bundes widersprechende Gesetzesauslegung vorgeschrieben wurde.

Sollte dieses Beispiel, das im übrigen einen klaren Bruch einer Bund-Länder-Vereinbarung über einen Einigungszwang bei der praktischen Auslegung von Gesetzen darstellt, Schule machen, könnte das zu einem parteipolitisch motivierten Durcheinander in der Auslegung von Steuergesetzen führen, bei dem die Gleichheit und Einheitlichkeit der Besteuerung auf der Strecke bliebe. Die Politiker sollten es nicht erst dem Verfassungsgericht überlassen, eine solche Entwicklung zu stoppen. wei